Ä-K13-479 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Ricarda Budke

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 10 einfügen:
Wir wollen alle Gerichtsstandorte im Land erhalten und das Modell der Gerichtstage vor Ort weiter ausbauen. Im Strafvollzug setzen wir weiter auf Resozialisierung und eine Politik der umfassenden Vorbeugung von Gewalt, insbesondere bei Jugendlichen. Im Jugendvollzug steht für uns der Erziehungsgedanke im Vordergrund. Verschärfungen des Justizvollzugs lehnen wir ab. So genannte Ersatzfreiheitsstrafen wollen wir weiter zurückdrängen und hierfür alle Möglichkeiten des Landes nutzen.

Insbesondere diejenigen, die sich in und für unsere Gesellschaft engagieren, wie zum Beispiel Kommunalpolitiker*innen, werden in den letzten Jahren immer stärker angefeindet. Sie erleiden Beleidigungen oder Drohungen verbal oder in den sozialen Medien oder werden sogar körperlich angegangen. Damit diese Opfer von Hass und Hetze eine direkten Anlaufpunkt haben, wollen wir eine Zentrale Ansprechstelle für Opfer von Rechtsextremismus und Antisemitismus nach dem Vorbild von Sachsen einrichten. Damit soll es direkte und feste Ansprechpersonen bei der Generalstaatsanwaltschaft geben. Wenn Menschen wegen ihrer politischen Aktivität oder ihres Engagements für unser Gemeinwohl zu Opfern von Straftaten werden, müssen sie sich darauf verlassen können, dass der Rechtsstaat für eine konsequente Aufklärung und Strafverfolgung sorgt und sie nicht alleine lässt.

Begründung

In einigen Regionen Brandenburgs verlieren diejenigen, die sich für unsere Demokratie engagieren teils das Vertrauen in unsere Justiz. Mit dieser Stelle wollen wir Vertrauen rückgewinnen und Betroffenen eine direkte Ansprechmöglichkeit geben, die sich mit Fällen wie ihrem auskennen. Mehr Infos über die Stelle in Sachsen finden sich hier: https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/1056996.